

STREIT UM WINDKRAFT-ANLAGEN

## Windkraft-Streit spaltet das Dorf

vom 3. April 2014

Aus der Redaktion der Schleswiger Nachrichten

Im Sieverstedter Ortsteil Jalm werden entlang der Autobahn sechs Anlagen gebaut. Anlieger und Investoren fechten einen erbitterten Streit aus. Es geht um die Frage, ob den Hauseigentümern in der Nähe der Anlagen Entschädigungen versprochen wurden.

Die Gemeinde Sieverstedt ist ein staatlich anerkannter Erholungsort. Zurzeit aber ist von einer entspannten Atmosphäre wenig zu spüren. Und das liegt an dem Ortsteil Jalm – besser gesagt an den sechs neuen Windkraftanlagen, die dort je zur Hälfte südlich und westlich der Autobahn entstehen.

Geplant wird der Windpark Jalm, so der offizielle Name, schon seit mehr als zwei Jahren. Zunächst waren die Anlieger nur ein wenig skeptisch, inzwischen aber machen sie ihrem Ärger gegenüber den Landeigentümern, auf deren Boden die Anlagen stehen sollen, der Entwicklungsgesellschaft und mit Einschränkungen auch gegenüber der Gemeindevertretung Luft. Von rücksichtsloser Geldgier ist die Rede, von falschen Versprechen, Einschüchterung – und sogar von Krieg im Dorf.

Vor rund zwei Jahren wandten sich Landeigentümer aus Jalm an die Windkraft-Entwicklungsgesellschaft Dirkshof in den Reußenkögen (Nordfriesland). Daraus entwickelte sich der Plan, sechs Anlagen mit 94 Metern Nabenhöhe und je 3,3 Megawatt Leistung zu bauen. Drei der Anlagen gehören den Landeigentümern, zwei sicherte sich der Dirkshof und an einer können sich die Bürger der Gemeinde Anteile sichern.

Der Streit entzündet sich an der Frage, ob und welche Entschädigungen den Anliegern in der Planungsphase gemacht wurden. „Uns wurde gesagt, dass wir Entschädigungen dafür erhalten, dass unsere Grundstücke an Wert verlieren und wir mit den Geräuschen leben müssen“, sagte Ann-Kathrin Möding, die genau 470 Meter von einer der Anlagen entfernt wohnt. Danach habe es eine längere Phase gegeben, in der von den Entschädigungen nichts weiter zu hören gewesen sei. Mit der Zeit kam Unruhe auf, die Betroffenen wandten sich an Bürgermeister und Gemeindevertretung. Die erinnerten die Investoren in einem gemeinsamen Brief an die Entschädigungen. Man mache sich Sorgen, dass die in Aussicht gestellten Entschädigungen nicht realisiert werden könnten. Und wörtlich: „Dies wäre für den Sieverstedter Gemeinderat nicht akzeptabel. Die bisherige wohlwollende Begleitung Ihrer Pläne durch die Gemeinde ließe sich in einem solchen Fall nicht fortsetzen.“ Klare Worte – verbunden mit der dringenden Aufforderung, direkten Kontakt mit den Betroffenen aufzunehmen.

Anlieger warteten gespannt auf die Erklärungen und wurden herb enttäuscht. Von Entschädigungen war plötzlich keine Rede mehr. Die Baugenehmigung lag inzwischen vor, die Bagger hatten begonnen, das Gelände vorzubereiten – und es kam zum Streit. Statt der Entschädigungen für die Anlieger boten die Windkraft-Betreiber nun eine Einmal-Zahlung von 120 000 Euro an– für Wohltaten in der Gemeinde. „Eine Frechheit“, sagt Ann-Kathrin Möding dazu und meint nicht die Tatsache, dass sie und ihre Mitstreiter nicht persönlich profitieren sollen. „Ich wäre einverstanden, wenn das Geld an die Allgemeinheit geht. Aber bei den hohen Gewinnen muss es eine jährliche Zahlung sein.“ Sie wirft den Windkraft-Betreibern Geldgier vor. „Die Gemeinde und wir sollen hier über den Tisch gezogen werden. Die machen Profit und wir müssen mit den Nachteilen leben.“

Dirkshof-Geschäftsführer Claas Arlt versucht, die Wogen zu glätten. Er und sein Unternehmen hätten nie Entschädigungen versprochen, sagt er, lässt jedoch offen, ob Landeigentümer dies getan hätten. Auch ansonsten liefe alles nach Recht und Gesetz ab: Schlagschatten-Regelung, Mindestabstände von 400 Metern, Schallgutachten. Entschädigungen seien schwer zu handhaben, sagt der Geschäftsführer: Wo fängt man an, wer bekommt wie viel? Schwierige Probleme. Deshalb das Angebot der Einmalzahlung. Arlt verweist zudem auf die Möglichkeit der Einwohner, sich an dem Projekt zu beteiligen. „Wir wären nicht verpflichtet gewesen, eine Mühle als Bürgerwindkraftanlage anzubieten“, sagt er – und erklärt, dass dieses Angebot dazu beitragen soll, die Anwohner einzubinden. Mit anderen Worten: Wer mitverdient, macht keinen Ärger.

Landeigentümer und Investor Gerhard Hollesen betont, er habe nie „eine personenbezogene Entschädigung fest zugesagt, darüber aber nachgedacht“. Kurz vor der turbulenten Gemeinderatssitzung hätten die Investoren sich mehrheitlich, mit einer Gegenstimme dagegen ausgesprochen und statt dessen eine einmalige Spende angeboten. „Ich weiß, dass ich mir damit mehr Feinde gemacht habe“, sagte Hollesen. „Aber damit muss ich leben.“

Bürgermeister Finn Petersen und die Gemeindevertretung fühlen sich in ihrer Position zwischen den Stühlen nicht gerade wohl. Petersen: „Wir sind eine arme Gemeinde und können die Windkraft-Gewerbesteuern gut gebrauchen. Wir sind ja gewählt, um für das Allgemeinwohl zu sorgen. In diese unschöne Situation sind wir geraten, weil Zusagen nicht eingehalten werden. Das finde ich sehr bedauerlich.“

*Autor: Gero Trittmaack*